

Editorial

Joachim Becker

Vor gut zwanzig Jahren schrieben wir im „Kurswechsel“ über den „kurzen Traum der immerwährenden Demokratie“ (Becker 1998). Jetzt sind wir schon weiter. In der vorliegenden Nummer geht es um „neue Autoritarismen“. Bei diesen Autoritarismen handelt es sich um Formen des Rechtsautoritarismus. Rechts ist dieser Autoritarismus, weil es ihm um die Konservierung oder sogar um die Vertiefung gesellschaftlicher Ungleichheit geht. Und wie Norberto Bobbio (1994: 76 ff.) hervorgehoben hat, ist gerade dies das Distinktionsmerkmal rechter Politik. Neu ist an diesem Autoritarismus, dass er Formen der repräsentativen Demokratie und von Mehrparteiensystemen nicht offen in Frage stellt. Das gilt – in Europa – sogar für Kräfte, die ansonsten faschistische Tendenzen erkennen lassen (Krašovec 2016: 50). Aber die neuen Autoritarismen sind trotzdem auf Demokratieabbau ausgerichtet. Demokratieabbau kann in zwei Richtungen gehen: Einschränkung der Partizipationsmöglichkeiten (z.B. des Wahlrechtes) und des legitimen politischen Raumes einerseits und Beschränkung der Bereiche, in denen demokratische Entscheidungen und Kontrolle gelten, andererseits (vgl. Bobbio 1988).

Demokratie zwischen Beschränkung und Ausweitung

In ihrer Akzeptanz eines Mehrparteien-Parlamentarismus unterscheiden sich die heutigen rechtsautoritären Tendenzen von der Vergangenheit. Vergessen werden sollte allerdings nicht, dass Parlamente aus den feudalen Institutionen hervorgingen, die der Verteidigung der Interessen der damaligen Privilegierten (z.B. dem Adel, dem Klerus) gegenüber der königlichen Macht dienten. Damit stand an ihrem Ursprung nicht die „Demokratie, die Macht des Volkes,“ (Martin 2018: 128), sondern die Verteidigung von Privilegien. Die sich herausbildende Bourgeoisie und ihre liberalen Intellektuellen trachteten im Übergang zu einer bürgerlich-kapitalistischen Staatlichkeit, die Staatsmacht in den Händen der Besitzenden zu konzentrieren. Ihre Konzeption des Wahlrechtes war hochgradig ausschließend: Nicht-Besitzende – also vor allem ArbeiterInnen, Frauen, aber auch die Kolonisierten sollten von politischen Rechten, damit auch dem Wahlrecht, ausgeschlossen bleiben (vgl. Losurdo 2006, Martin 2018: 129). Das ganze 19. Jahrhundert, aber auch Teile des 20. Jahrhunderts waren von dem Kampf um die Ausweitung des Wahlrechtes – vor allem durch die ArbeiterInnenbewegung, die Frauenbewegung, aber auch anti-koloniale Bewegungen – gekennzeichnet. Begrenzt werden sollte auch die Reichweite der politischen Sphäre und Demokratie. Liberale und konservative Intellektuelle suchten die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie die damit verbundenen Ungleichheiten zu naturalisieren und zu entpolitisieren (vgl. Losurdo 2006: 192 ff.). Der Kampf um die Demokratisierung hatte damit noch eine zweite Stoßrichtung – nämlich die Ausweitung jener Bereiche, die demokratischer Willens-

bildung und Kontrolle unterliegen. Zentral war hierbei die Gewinnung des vollen Budgetrechts der Parlamente.

In Europa erzielte der Kampf um die Ausweitung des Wahlrechts und auch der demokratisierten Bereiche nach dem Ersten Weltkrieg einen ersten Durchbruch. Vielfach wurde das allgemeine Männerwahlrecht, teils auch das allgemeine gleiche Wahlrecht erkämpft. Den Kräften der ArbeiterInnenbewegung gelang es nach dem Ersten Weltkrieg im Rahmen neuer Verfassungen bestimmte soziale Rechte, teils auch Formen zumindest partieller Gegenmacht (Betriebsräte) durchzusetzen. Und fast gleichzeitig traten Kräfte der Entdemokratisierung auf die Tagesordnung und gewannen besonders im Gefolge der großen Krise von 1929 deutlich an Gewicht. TheoretikerInnen des neu entstehenden Neo- und Ordoliberalismus, wie Rüstow, Röpke oder Hayek, kritisierten die wirtschaftliche Freiheiten und Rationalität bedrohenden Wirkungen eines demokratisierten Parlamentarismus und plädierten für eine Abschottung der politischen Entscheidungszentren von Einflüssen gesellschaftlicher Interessen, vor allem gegenüber Gewerkschaften und die Schaffung eines technokratischen, starken Staates (vgl. Ptak in dieser Nummer). Insofern plädierten sie für eine Entpolitisierung der Politik. Eine zweite, faschistisch-orientierte Strömung redete einer Politisierung im Sinne einer klaren Definition des Feindes und eines staatlichen Dezisionismus das Wort, in besonders prononcierter Form der eng mit dem Nazi-Faschismus verbundene Jurist und Staatstheoretiker Carl Schmitt. Die unbegrenzte Entscheidungsmacht des Souveräns kommt für Schmitt vor allem im Ausnahmezustand zum Tragen (Schmitt 2015: 14 ff.). In diesen Gedankengängen schließt Schmitt an die konservative, gegenrevolutionäre und gegen die Aufklärung gerichtete Tradition von Bonald, de Maistre und Donoso Cortés an (Schmitt 2015: 43 f., 59 ff.). Aber auch Schmitt plädierte in wirtschaftspolitischen Fragen für einen abgeschotteten, technokratisch agierenden Staat. Hierin sind Überschneidungen und Affinitäten zwischen den Theoretikern des Ordoliberalismus und Schmitt zu sehen (vgl. Oberndorfer 2012: 425). Gleichzeitig waren, wie Ralf Ptak in seinem Beitrag herausarbeitet, die Ordoliberalen der 1930er Jahre zumindest offen für Schmitts Vorstellungen eines starken Staates. Hermann Heller benannte diese konvergierenden Tendenzen 1933 bereits als „autoritären Liberalismus“ (Heller 1992; vgl. Oberndorfer 2012: 425, Streeck 2015: 361 ff.)

Mit der Niederlage der faschistischen Mächte standen die westeuropäischen Regierungen unter verstärkten Legitimierungszwängen. Die gesellschaftlichen Kräfte, welche die anti-faschistische Bewegung und die Kriegsanstrengungen gegen die faschistischen Mächte getragen hatten, erwarteten eine Ausweitung der demokratischen und sozialen Rechte. Die westeuropäischen Regierungen sahen sich 1945 auch einem um die Sowjetunion gruppierten staatssozialistischen Lager gegenüber, dessen Prestige durch die großen Kriegsanstrengungen der Sowjetunion gestärkt war. Nach 1945 erfolgten in vielen westeuropäischen Ländern ein Demokratisierungsschub und auch ein schrittweiser Ausbau der Sozialstaatlichkeit und eine keynesianische Ausweitung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums. Bis zum Beginn des „Kalten Krieges“ waren im Rahmen eines anti-faschistischen Konsenses teils auch Kommunistische Parteien Teil von Koalitionsregierungen. Aber mit dem „Kalten Krieg“ ging auch eine innenpolitische Einengung des Feldes der legitimen politischen Kräfte einher. In den USA machte die anti-kommunistische Hetzjagd des Mc Carthyismus, der sich gegen das gesamte Spektrum der Linken richtete, die reale Öffnung der US-Demokratie in den 1930er und

1940er Jahre zunichte. In der Bundesrepublik Deutschland gab es nach dem Verbot der Kommunistischen Partei zahlreiche Prozesse gegen KommunistInnen und auch andere Linke. In anderen Ländern wurden Kommunistische Parteien zumindest aus dem potenziellen Regierungsbogen ausgeschlossen. Auch in parlamentarischen Mehrparteiendemokratien in der (Semi-)Peripherie galten vielfach derartige Ausschlüsse. Damit gingen in den Zentrumsländern und Teilen der Semi-Peripherie eine reale Demokratisierung und ihre gleichzeitige Beschränkung nach links Hand in Hand.

Ende der 1960er und in den frühen 1970er Jahren verliehen in der Phase eines beginnenden Umbruchs in der kapitalistischen Weltwirtschaft die StudentInnenbewegung und oftmals starke Streikwellen in den kapitalistischen Kernländern, aber teils auch in der Semi-Peripherie (z.B. Lateinamerika, Türkei) Forderungen einer vertieften Demokratisierung, auch der Arbeitswelt, und größerer sozialer Gleichheit Nachdruck. Organische Intellektuelle der politischen Rechten, wie Samuel Huntington, traten als Reaktion mit der These einer Überforderung der Demokratie und einer Krise der Regierbarkeit auf die Bühne (vgl. Boron 1994: 19 ff.). In diesem Kontext kam es zu einer Renaissance der neo- und ordoliberalen Demokratiekritik. Neo-liberal orientierte Kräfte lancierten einen Umbau des Staates, die die staatliche Exekutive, speziell von demokratischer Kontrolle unabhängige Regulierungsinstanzen und Zentralbanken, stärkte, parlamentarische Entscheidungsspielräume einengte und die institutionelle Macht von Gewerkschaften zurückdrängte. In den Zentrumsländern nahm diese entdemokratisierende Bewegung in Großbritannien und den USA unter den Regierungen Thatcher und Reagan ihren Ausgang. In der EU war für eine starke Abschottung von sozialem und politischem Druck von unten im institutionellen Design bereits in der Ursprungsphase in den 1950er Jahren Sorge getragen worden. Die EWG-Gründung erfolgte bereits nach dem Abflauen des Demokratisierungsschubs der unmittelbaren Nachkriegszeit und war durch eine Skepsis der (primär christdemokratischen) Gründungsväter gegenüber demokratischen Beteiligungsverfahren geprägt (Müller 2012). Dementsprechend wurden die Institutionen der Europäischen Integration stark exekutivlastig und technokratisch angelegt. Insofern entsprachen sie Vorstellungen einer politischen Integration wie sie noch in den 1930er Jahren von Hayek formuliert worden waren. Ein wesentliches Element der Entpolitisierung und auch Entdemokratisierung war die „Konstitutionalisierung“ der Verträge“, wie der Rechtswissenschaftler und ehemalige deutsche Verfassungsrichter Dieter Grimm (2016: 7, 95 ff.) hervorhebt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) behandelte die EU-Verträge wie Verfassungsrecht. Obgleich dies in den Römer Verträgen nicht explizit geregelt war, urteilte der EuGH in zwei wegweisenden Urteilen 1963 und 1964, dass „die Verträge und mehr noch: sämtliches europäisches Recht, Vorrang vor dem nationalen Recht hätten, selbst vor den nationalen Verfassungen.“ (Grimm 2016: 106). Bei der Rechtsauslegung setzte der EuGH eine klare Priorität bei der „Marktintegration“, während andere Ziele dem untergeordnet wurden (Grimm 2016: 108 f.). Innerhalb dieses politisch-juristischen Dispositivs wurde die neo-liberale Orientierung der EU durch das Binnenmarktprojekt, aber noch stärker durch die Währungsunion mit ihren immer strikteren Regelbildungen ab den 1980er Jahren forciert.

In den Zentrumsländern erfolgte die entdemokratisierende Transformation des Staates im fortbestehenden formalen Rahmen eines parlamentarischen Mehrparteiensystems. Anders war dies in der (Semi-)Peripherie. In den peripher-kapitalistischen Pionier-

ländern dieses Umbaus – Chile, Uruguay und Argentinien in den 1970er Jahren, in der Türkei ab 1980 – wurde der neoliberale Staatsumbau direkt unter Bedingungen von Militärdiktaturen umgesetzt. Diese Entwicklungsmodelle dieser Regime gerieten nach einigen Jahren in eine schwere Krise oder erschöpften sich. Hieraus gingen Demokratisierungsbewegungen hervor. Die dominanten Kräfte suchten diese Demokratisierungsbewegung in einem neo-liberalen Rahmen zu halten. Dies hieß, dass zwar Mehrparteiensysteme etabliert wurden, aber gleichzeitig die Reichweite der Demokratisierung durch die Stärkung technokratischer Strukturen tendenziell eingeschränkt wurde (vgl. Boron 1994: 7 ff.). Die (Mitte-)Linksregierungen in Lateinamerika versuchten in den 2000er Jahren zumindest ansatzweise, über diesen engen Rahmen hinauszugehen und die Partizipationsmöglichkeiten bisher marginalisierter Gruppen zu stärken. Die Formen institutioneller Staatsstriche, wie in Brasilien, die gesellschaftlich durch Kräfte des Kapitals, der oberen Mittelklasse und institutionell durch die reaktionäre Justiz, Teile des Sicherheitsapparates und die Medien getragen werden, sind eine autoritäre Gegenbewegung, welche die – begrenzten – Ansätze von verstärkter demokratischer Beteiligung und Sozialstaatlichkeit zurückdrehen (vgl. Borrmann et al. in diesem Heft). Sie sind autoritär-liberal inspiriert.

Die US-Hegemonie ist global im Niedergang, die Regierung Trump global weder hegemoniefähig noch –willig. Es geht ihr jedoch durchaus um die Festigung einer Dominanzposition – unter Verzicht auf globale Normsetzung. Globaler Bedeutungsverlust auf globaler Ebene sind auch bei der EU und ihren großen Kernstaaten zu konstatieren. Durch China – einer aus der Semi-Peripherie kommenden Macht – ist ein neues aufstrebendes Machtzentrum entstanden. Einige semi-periphere Staaten – wie die Türkei – nehmen gegenüber ihren bisherigen Bündnispartnern eine eigenständigere Position ein, auch in militärischen Konflikten. Diese Veränderungen in der globalen Staatenhierarchie sind mit verstärkter Militarisierung und auch Kriegsgefahr verbunden. Die Militarisierungstendenzen sind auch in der EU deutlich zu erkennen (vgl. Roithner in diesem Heft und Ruf 2019) – in diesem Bereich herrscht ein breiter Konsens bis weit in die rechtsnationalistischen Kreise. Autoritäre Tendenzen im Inneren und eine Militarisierung der Außenpolitik gehen oft Hand in Hand. Militärische Konflikte verstärken oft autoritäre Tendenzen im Inneren, wie die Verschränkung von Interventionspolitik in Syrien und innerer Verhärtung, speziell gegenüber der kurdischen Bewegung, am Beispiel der Türkei deutlich zeigt.

Die große Krise von 2008 ff. hat in zahlreichen Ländern autoritären Tendenzen weiteren Auftrieb gegeben. In ihrem Gefolge ist es in der EU zu einer deutlichen Stärkung nicht-demokratisch kontrollierter Institutionen, wie der Europäischen Zentralbank, sowie allgemeiner von exekutiven Institutionen sowohl der EU als auch der Nationalstaaten und einer Verhärtung der Regelbindungen gekommen. Gegenüber verschuldeten peripheren Mitgliedsstaaten mit akuten Zahlungsproblemen hat die Europäische Union fallweise neoliberale Strukturanpassungsprogramme durchgesetzt, wobei die EU in ihren Forderungen nach strukturellen Veränderungen noch über den Internationalen Währungsfonds (IWF) hinausging. Als die linksorientierte, von Syriza geführte Regierung in Griechenland gestützt auf ein demokratisches Mandat eine andere Politik im Jahr 2015 verlangte, wurde dies durch die Troika abgelehnt und die EZB machte die Liquiditätsversorgung von Gehorsam gegenüber den externen Vorgaben abhängig. Wie der griechische Ökonom Costas Lapavistas (2019: 111) konstatiert,

schenkte der Kern der EU „der Demokratie keine Beachtung“. Diese Formen einer autoritären Transformation der Staatlichkeit stützen einerseits finanzialisierte, andererseits auf hohe Exportüberschüsse ausgerichtete neo-merkantilistische Akkumulationsstrategien. Parallel hierzu ist eine Militarisierung der EU-Außenpolitik zu beobachten (vgl. den Beitrag von Roithner in dieser Nummer).

Speziell die mit einander verschränkten Veränderungen auf EU- und nationalstaatlicher Ebene in Europa haben in der kritischen sozialwissenschaftlichen Diskussion in der jüngeren Zeit viel Aufmerksamkeit gefunden. Sie sind mit unterschiedlichen theoretischen Konzepten bearbeitet worden. Ian Bruff (2014: 120 ff.) kennzeichnet sie als „autoritären Liberalismus“. Elisabeth Klatzer und Christa Schlager (2011) arbeiten genderspezifische Aspekte der dieser „stillen neo-liberalen Revolution“ heraus. Marlene Radl greift in dieser Nummer auf das Konzept des „autoritären Etatismus“ von Nicos Poulantzas, das ursprünglich eigentlich für eine frühere Phase der Krisenbearbeitung und eine technokratisch-autoritäre Verhärtung des späten keynesianischen Interventionsstaates entwickelt worden war, bei einer feministischen Lesart des autoritären Staatsumbaus zurück. Mit einer starken Akzentuierung der Ursprünge in einer „organische Krise“ analysieren Cédric Durand und Razmig Keucheyan in diesem Heft die aktuelle autoritäre Transformation der EU-Staatlichkeit unter Rückgriff auf in der Zwischenkriegszeit von Antonio Gramsci entwickelte Konzepte als „bürokratischen Cäsarismus“.

Im Gefolge der großen Krise haben sich aber andere Formen autoritärer Tendenzen verstärkt, die in der kritischen sozialwissenschaftlichen Debatte eine weit geringere Rolle spielen. So haben sich in Gefolge der Krise einerseits in niedergehenden Industrieländern (z.B. Frankreich, Italien), andererseits in industrialisierten Ländern der Semi-Peripherie (z.B. Ungarn, Polen) auch politische Kräfte der Rechten herausgebildet, deren autoritären Tendenzen eher einen re-politisierenden Charakter und einen eher nationalkonservativen Zuschnitt haben (vgl. Becker et al. 2008). Auch Kräfte faschistischer Orientierung gibt es.

Strömungen des neuen Autoritarismus

Die Kernelemente Strömungen der aktuellen Ausprägungen des Autoritarismus – Autoritär-liberalismus, Nationalkonservatismus, Faschismus – skizziert.

Autoritärer Liberalismus: Neo- bzw. ordo-liberale Theoretiker lassen eine grundlegende Demokratie- und Parlamentarismus-Skepsis erkennen. So sieht Friedrich A. Hayek (1983: 125 ff.) ein Spannungsfeld zwischen demokratischen Entscheidungsprozessen und dem aus seiner Sicht notwendigen Primat einer staatlichen Gewährleistung der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit. Alexander Rüstow formulierte 1945 in seiner Schrift „Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus“ eine scharfe Kritik des Parlamentarismus der Zwischenkriegszeit: „Die politischen Parteien wurden mehr und mehr zu parlamentarischen Agenturen wirtschaftlicher Interessen, von denen sie sich finanzieren ließen.“ (Rüstow 2001: 132) Hierbei wandte sich Rüstow einerseits gegen den Einfluss individueller Unternehmensgruppen, andererseits – und mit besonderer Schärfe – gegen gewerkschaftlichen Einfluss. Die politischen Konsequenzen aus einer solchen Sicht sind einerseits die Stärkung technokratischer Strukturen jenseits parlamentarischer Kontrolle und andererseits eine fixe Regelbindung, die „keine diskretionären Spielräume

für einen potenziellen Missbrauch“ lässt (Maier-Rigaud/Maier-Rigaud 2001: 254). Für den Fall, dass eine technokratisch, auf die Durchsetzung bestimmter Ordnungsregeln orientierte Politik an politische Grenzen stößt, waren die deutschen Ordo-Liberalen durchaus offen für eine „dezisionistisches“ Durchgreifen des Souveräns im Sinne von Carl Schmitt, um ein entsprechendes Staatsmodell durchzusetzen, wie Heller (1992: 651 ff.) herausarbeitete.

Vorstellungen einer „begrenzten Demokratie“ (Supiot 2015: 312), die zentrale Kompetenzen an demokratisch nicht-legitimierte und kontrollierte staatliche Institutionen (z.B. Zentralbanken, Regulierungsbehörden) delegiert und Parlamente durch strikte Regelbindungen – z.B. in der Budgetpolitik – in ihren Handlungsspielräumen einschränkt, sind auch für die aktuellen Ausprägungen eines autoritären Liberalismus handlungsleitend. Wettbewerbs- und Beihilferegeln sollen eine pro-aktive Struktur- und Industriepolitik verhindern, Budgetregeln setzen einer aktiven staatlichen Investitionspolitik, aber auch der Sozialpolitik budgetäre Grenzen. Die Sozialpolitik des autoritären Liberalismus sucht Sozialpolitik auf arme Bevölkerungsgruppen, die gleichzeitig stigmatisiert und strikt kontrolliert werden, zu begrenzen und fördert eine Kommerzialisierung von sozialen Diensten für besser verdienende Bevölkerungsgruppen.

Speziell die Krisen in der EU haben in jüngster Zeit zu einer beginnenden Debatte über die Grenzen einer regelgebundenen Politik geführt. So thematisiert Luuk Van Middelaar – ein einflussreicher Historiker, politischer Philosoph und früherer Berater des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy – in seinem Buch die „De nieuwe politiek van Europa“ die Grenzen der Regelpolitik. Diese Art der Politik sieht er vor allem in einem relativ stabilen Umfeld als adäquat. Einschneidende Ereignisse, z.B. die Finanzkrise, hätten aber in der EU die Notwendigkeit explizit politischer Entscheidungen aufgezeigt (z.B. Van Middelaar 2017: 18). Explizit erwähnt er die explizit politischen Mehrheitsentscheidungen im Direktorium der EZB als einem eigentlich technokratisch konzipierten Gremium (Van Middelaar 2017: 266). Aus dieser Sicht hält Van Middelaar (2017: 18f.) eine die Regelpolitik komplementierende „Ereignispolitik“, die „beschließt und handelt“ (Van Middelaar 2017: 19), für notwendig. Diese Formulierung hat semantische Anklänge an den Schmitt'schen Dezisionismus. Middelaar scheint im Rahmen einer „Ereignispolitik“ die politischen Weichenstellungen durch demokratisch nicht kontrollierte Gremien, wie die EZB, nicht per se problematisch zu finden (vgl. Van Middelaar 2017: 266f.). Im Gegensatz zu Schmitt hält er aber die offene demokratische Debatte, welche soziale Konfliktlinien offenlegt, für die dynamische Entwicklung einer „Ereignispolitik“ für notwendig (Van Middelaar 2017: 345).

Van Middelaar sieht die Notwendigkeit einer Legitimierung von neo-liberaler Politik. Die sozio-ökonomische Programmatik autoritär-liberal orientierter Kräfte ist auf die Interessen der Kapitaleseite und der oberen Mittelschichten zugeschnitten. Sie vermeiden es daher soziale Fragen und damit Aspekte der vertikalen, klassenbezogenen Konfliktachse zu thematisieren. Stattdessen stellen sie territorial oder räumlich orientierte Diskurse in den Vordergrund. Einerseits gibt es Bekenntnisse zu einer kosmopolitischen, globalen Orientierung oder – im Fall der EU – zu Europa. Ein solcher Diskurs richtet sich vor allem an die großstädtischen, stärker international ausgerichteten Mittelschichten. Andererseits gibt es den autoritären Liberalismus im nationalistischen Gewand. Für die Mittelklasse hat er ein kontextuell variierendes Angebot: In den Zentrumsländern der EU stellt er sich gegen Transfers an ärmere Regionen, in vielen Län-

dern wendet er sich gegen Quoten für ethnische Minderheiten, Frauen etc. (vgl. zum brasilianischen Fall den Beitrag von Borrmann et al.). In den Zentrumsländern offeriert er der unteren Mittelklasse und ArbeiterInnen „Schutz“ vor MigrantInnen und eine Fokussierung bei den als unvermeidbar dargestellten Kürzungen im Sozialbudget bei den schwächsten Gruppen, beispielsweise MigrantInnen und Flüchtlinge. Damit steht die Bewahrung sozialer Distanz zu seinen politischen Kernthemen. In der Semi-Peripherie werden arme Bevölkerungsgruppen teils auch über klientelistische sozialpolitische Politiken an die Regierungspartei gebunden (wie Bekmen am Beispiel der Türkei aufzeigt).

Nationalkonservatismus: Im Gegensatz zum autoritären Liberalismus mit seiner technokratischen, Politik de-politisierenden Ausrichtung setzen nationalkonservative Kräfte auf eine Re-Politisierung von rechts. So merkt der führende polnische Vordenker einer konservativen Staatskonzeption, Zdzisław Krasnodębski (2003: 52) an, dass der „Liberalismus Probleme mit der Demokratie haben kann.“ In Polen beispielsweise betone er eher die „liberale Freiheiten“ als den „Mehrheitswillen“ (Krasnodębski 2003: 54). Derzeit wird die nationalkonservative Kritik an (neo-)liberalen Staatsmodellen vor allem in Staaten der Semi-Peripherie formuliert. Zentralosteuropäische konservative Gesellschaftstheoretiker wie Zdzisław Krasnodębski oder György Schöpflin sehen die Übernahme liberaler, westeuropäischer Demokratie- und Staatsmodelle als „selektive Imitation“ (Krasnodębski 2003: 211 ff.) oder „Mimikry“ (Schöpflin 2018: 337). Südasiatische Politiker, beginnend in den späten 1970er Jahren in Singapur, suchten den „Neo-Konfuzianismus“ als eine asiatische konservative, auf Stabilität und Autorität gründende Doktrin für eine ziemlich offen autoritäre Form der Staatlichkeit in Dienst zu nehmen (vgl. Brisson 2018: 62 ff.). Insofern sind diese konservativen Formen der staatstheoretischen Diskussion auch gegen die dominanten liberalen, oft neoliberalen intellektuellen und politischen Diskurse des Zentrums gerichtet.

Als Alternative zu liberalen Politikvorstellungen schlägt Krasnodębski (2003: 18, 298 f.) ein Anknüpfen an republikanischen Staats- und Demokratiekonzeptionen vor. Zum Kern des Republikanismus zählt er unter anderem ein aktives Engagement der BürgerInnen und Entscheidungsprozesse, die auf das „gemeinsame Gute“ gerichtet sind (Krasnodębski 2003: 299). Sein Republikanismus soll nationalen Charakter haben, Demos und Nation werden von ihm in einem engen Zusammenhang gedacht. Der nationale Charakter der politischen Ordnung ist ein gemeinsames Element der konservativen Staatskonzeptionen. Die Gesellschaft wird oftmals sehr homogen verstanden. So heißt es bei Petr Fiala, einem bekannten tschechischen Politikwissenschaftler und Vorsitzendem der Občanská demokratická strana (ODS), und František Mikš, Chefredakteur der Zeitschrift „Kontext“: „Eine Gesellschaft funktioniert nur dank eines gewissen Maßes der Homogenität und geteilten Werte“ (Fiala/Mikš 2019: 148). Die – in einem sehr traditionellen Sinn verstandene – Familie gilt als „grundlegende organisatorische Einheit der Gesellschaft“ (Fiala/Mikš 2019: 151). Daraus folgt dann auch eine auf die traditionelle Familie fokussierte Strategie – beispielsweise in der Sozialpolitik (vgl. z.B. Láncki 2018: 21 ff.). Im konservativen Diskurs wird ein enger Bezug zwischen traditioneller Familie und Nation hergestellt. Für Fiala und Mikš (2019: 163) zeigen zumindest die bisherigen historischen Erfahrungen, dass „kein anderer Raum, in dem die Demokratie funktionieren kann, als der Nationalstaat existiert.“

Wahlen (und gegebenenfalls Referenden) werden als zentraler politischer Ausdruck

des nationalen Willens verstanden. Für die nationalen Kräfte gilt so, wie es in einem frühen Fidesz-Wahlslogan hieß: „Kleiner Sieg, kleine Veränderungen; großer Sieg, große Veränderungen!“ (Lánczi 2018: 23). Wahlsiege der nationalen Kräfte werden so als fast unbegrenztes Mandat verstanden.

In der Regierungspraxis wird von nationalkonservativen Kräften ein Wahlsieg genutzt, um der Partei eine zentrale Durchdringung des Staatsapparates zu ermöglichen. Sie schwächen vielfach strategisch die Gewaltenteilung, suchen zivilgesellschaftliche Kräfte und Medien auf die „nationale“ Linie zu bringen. Als nicht-national eingeschätzte Kräfte werden von ihnen de-legitimiert und institutionell marginalisiert. Die autoritären Tendenzen sind in diesem Modell der Staatlichkeit also durch die Einschränkung des Feldes legitimer politischer Kräfte und starke substanzielle Ausgrenzungen gegeben (vgl. Becker et al. 2018).

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet wird dem Staat eine pro-aktive Rolle im Entwicklungsprozess zugemessen. Positive Referenzen für die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sind am Rande des Mainstreams stehende Ökonomen wie Joseph Stiglitz oder institutionell-orientierte heterodoxe Ökonomen wie Ha-Joon Chang. „Intelligenter Protektionismus“ (Woźniak 2017: 58) wird entsprechend der semi-peripheren Stellung in der Weltwirtschaft als funktional für den Entwicklungsprozess wahrgenommen. In der Praxis suchen nationalkonservativ orientierte Parteien einheimisches Kapital zu begünstigen. In der Sozialpolitik stellen sie eher Sozialversicherungen und in formellen Beschäftigungsverhältnissen stehende ArbeitnehmerInnen in den Vordergrund. Die Sozialpolitik ist zudem stark auf die Restaurierung überkommener Geschlechterrollen ausgerichtet.

Faschismus: Es gibt eine neu aufgelebte Diskussion über „die Möglichkeit des Faschismus“ (Palheta 2018). Ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit zeigt der zeitgenössische Kapitalismus Symptome einer „Hegemoniekrise“ (vgl. Palheta 2018: 38, 56 ff.). Ähnlich wie in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg versuchen aktuell nach der großen Krise von 2008 ff. die dominanten Kräfte in den Zentrumsländern Formen eines Kapitalismus zu restaurieren, die bereits an ihre Grenzen gestoßen waren. Die Formen der Restauration sind sozial regressiv und das Parteiensystem verliert an Repräsentativität (vgl. Martin 2018). Es gibt eine Krise der repräsentativen Demokratie und Formen der Erodierung der parlamentarischen Demokratie durch Stärkung von Exekutivstrukturen, Regieren per Dekret (z.B. die Regierung Macron in Frankreich) und verhärtete Regelbindungen entlang der konzeptionellen Linien des autoritären Liberalismus. Anders als in der Zwischenkriegszeit ist die politische Linke deutlich geschwächt. Ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit verstärken sich in der aktuellen Umbruchsituation rechtsnationalistische Parteien, teils offen rassistischen und rechtsextremen Zuschnitts. Einige Parteien und Bewegungen, vor allem in Zentral- und Südosteuropa, beziehen sich explizit auf faschistische Vorbilder (z.B. Ludova strana – Naše Slovensko in der Slowakei, Chrysi avgi in Griechenland, die Fratelli italiani oder – zumindest lange Zeit – Jobbik in Ungarn). Diese Kräfte bezeichnet Enzo Traverso (2019: 12) als neo-faschistisch. Andere rechtsextrem orientierte Kräfte, die sich weniger eindeutig in der faschistischen Tradition positionieren, ordnet er als „postfaschistisch“ (Traverso 2019: 11 ff.) ein. In diesen Parteien sieht Palheta (2018: 38 ff.) die Möglichkeit des Faschismus angelegt.

Deutliche faschistische Affinitäten sind für Palheta (2018: 30 ff.) gegeben, wenn politische Parteien sich einerseits auf extrem ausschließende Formen von „Gemein-

schaftsideologien“ (die sich auf vorgestellte Gemeinschaften wie die Nation, Konfession, „Rasse“ beziehen) berufen und andererseits durch Affinitäten zu politischer Gewalt auszeichnen (vgl. auch Paxton 2004: 219 f.). Wie Poulantzas (1974: 285) betonten faschistische Parteien historisch stark eine zentrale Rolle der traditionellen Familie. Kühnl (1971: 157 f.) hebt auch die Mobilisierungsfähigkeit der faschistischen Parteien hervor. Insofern zeichnen sich faschistische Parteien durch extremen und exkludierenden Nationalismus und Rassismus, besonders aggressive Kampagnenpolitik, die Existenz von paramilitärischen Strukturen oder zumindest einen Kult der Gewalt sowie repressiver und gewaltsamer Lösungen sozialer Probleme aus.

Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit propagieren faschistisch orientierte Parteien heute nicht offen Ein-Parteien-Regime (Krašovec 2018, vgl. auch Traverso 2019: 13). Dies mag zumindest zum Teil taktisch motiviert sein, da ein Bekenntnis zum Ständestaat oder einem Ein-Parteien-Regime die Handhabe zum Verbot einer Partei geben kann. Auch ist die gesellschaftliche Verankerung von Mehrparteiensystemen stärker als in der Zwischenkriegszeit. Selbst wenn ein Mehrparteiensystem formal fortbestehen würde, ist von einer starken Repression gegenüber Oppositionsparteien und auch kritischen Teilen der Zivilgesellschaft auszugehen. Dies ist nicht allein in der extrem ausgrenzenden Gemeinschafts- und Politikkonzeption der faschistischen Rechten angelegt, sondern dies wird auch in der Praxis von Ländern wie der Türkei, wo zumindest Elemente faschistischer Herrschaft erkennbar sind (vgl. Oğuz 2016: 109 ff.), deutlich. Individuelle Rechte verlieren Gültigkeit, wenn sie nicht im Einklang mit den vorgeblichen Interessen der „Gemeinschaft“ gesehen werden (Paxton 2004: 11). Ein stark repressives, auf die Stärkung der repressiven Staatsapparate (vor allem die Polizei) bei gleichzeitiger Unterhöhlung der Autonomie wäre ähnlich wie im historischen Faschismus (vgl. Poulantzas 1974: 371 ff.) auch heute ein Charakteristikum der faschistischen Staatlichkeit. Gegebenenfalls würden bzw. werden auch paramilitärische Kräfte der extremen Rechten geduldet (vgl. Poulantzas 1974: 375, Oğuz 2016: 111 f.). Aufgrund des Bedeutungsverlustes von Massenorganisationen, wie Gewerkschaften, hat die faschistische Kontrolle über Massenbewegungen (Gewerkschaften, Jugend-, Frauenorganisationen) nicht mehr den Stellenwert wie in den 1930er Jahren. Den Unternehmerverbänden haben faschistische Bewegungen immer größere Autonomie zugestanden.

Wirtschaftspolitisch dienen faschistische Regime im Speziellen einheimischen, „nationalen“ Kapitalgruppen. Historisch hat sich der Faschismus bei der Anpassung an den jeweiligen Kontext, wie das italienische Beispiel mit seinem Umschwenken von einer liberalen auf eine etatistische Wirtschaftspolitik nach der Krise von 1929 gezeigt hat (Villari 1980: 123 ff.), als flexibel erwiesen. Die sozialen Hierarchien hat er nie in Frage gestellt, von Enteignungen waren nur Angehörige von Minderheiten (beispielsweise JüdInnen), AusländerInnen oder politische Oppositionelle betroffen (Paxton 2004: 10 f.). Eine extrem exkludierende Form der Sozialpolitik, die auf die „Volksgemeinschaft“ orientiert war, hat den historischen Faschismus ausgezeichnet. Diese Tendenz ist auch in den aktuellen Wahlprogrammen faschistischer Parteien angelegt.

Die marxistische Debatte zum Faschismus in der Zwischenkriegszeit hat stark die Klassenbasis des Faschismus, speziell die Rolle des Kleinbürgertums, in den Vordergrund gestellt (vgl. Kühnl 1974, Beetham 2019). Diese Frage stellt sich auch bei den heutigen faschistisch-orientierten Parteien, ist aber unzureichend aufgearbeitet. Die WählerInnenschaft von Jobbik beispielsweise zeichnet sich durch einen überdurch-

schnittlichen Bildungsstand aus. Auch zeigt sich Jobbik für jüngere WählerInnen besonders attraktiv (Róna 2016: 242, Tab. 42). Poulantzas (1974: 97) hebt hervor, dass die faschistischen Bewegungen historisch erst dann ihren politischen Durchbruch erzielten, wenn sie die Unterstützung des großen Kapitals gewannen.

Die politischen Kräfte mit einer rechtsgerichteten, autoritären Tendenz lassen sich in diese verschiedenen Strömungen einordnen. Sie vertreten diese Grundideen jedoch nicht in idealtypischer, reiner Form, sondern übernehmen in der Regel auch ein paar Elemente bei anderen Strömungen. So zeichnet sich die neoliberal orientierte nationalistische Rechte bei den Geschlechterbeziehungen oft stramm konservativ und lassen sich in der wirtschaftspolitischen Programmatik und Praxis nationalkonservativer Kräfte in der Regel einige neoliberale Elemente finden. Es greift auf jeden Fall zu kurz, die aktuellen autoritären Tendenzen ziemlich summarisch einer übergreifenden neoliberalen Transformation zuzuordnen, wie dies Peck und Theodore (2019: 260 ff.) tendenziell tun.

Die Beiträge des Heftes

Diese Nummer des Kurswechsel fokussiert stark auf die Konzepte und Praxis der autoritären Hauptströmung, den liberalen Autoritarismus. Eine erste Gruppe von Beiträgen setzt sich theoretisch-konzeptionell mit Formen des Autoritarismus auseinander. Ralf Ptak spürt den autoritären Wurzeln des Neoliberalismus in seinen diversen Spielarten nach. Er arbeitet heraus, dass die Positionen zur Rolle des Staates von deutschen Ordo-Liberalen wie Walter Eucken oder Alexander Rüstow in der Zwischenkriegszeit von einer „kaum verhüllten Kritik an der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Novemberrevolution von 1918/19“ geprägt war. Der frühe deutsche Ordo-Liberalismus forderte einen starken, von Interessengruppen (vor allem von Gewerkschaften) abgeschotteten Staat, der sich auf Regelsitzungen konzentrierte und seine eigenwirtschaftliche Betätigung reduzierte. Hierbei plädierte Rüstow beispielsweise für eine Stärkung der Staatsführung, d.h. der Exekutive, gegenüber parlamentarischen Instanzen, bis hin zu deren Suspendierung. Beschränkungen der Demokratie standen, wie Ptak deutlich macht, auch später im Vordergrund der normativen Staatsvorstellungen neoliberaler Theoretiker. Bei der sogenannten Neuen Politischen Ökonomie würden die politischen Akteure in wahl-basierten Systemen als inhärent interessenbezogen modelliert und daraus dann normativ die Notwendigkeit einer konstitutionellen Beschränkung der Staatstätigkeit abgeleitet. Die Demokratieskepsis des Neoliberalismus bleibt, aber die Vorschläge für Demokratiebeschränkungen wandeln sich im Laufe der Zeit.

Ana Podvršič gibt einen Überblick über den europäischen Autoritarismus, vor allem die Verstärkung der autoritären Elemente der wirtschaftlichen Governance im Gefolge der Krise von 2008 ff., im Spiegel der Debatten der kritischen politischen Ökonomie. Sie stellt hierbei Zugänge in der Tradition von Heller, Gramsci und Poulantzas vor. Gemeinsam ist den Analysen, dass sie die Stärkung nicht-demokratischer und nicht demokratisch kontrollierter Institutionen im Gefolge der Krise konstatieren. Die Analysen in der Tradition von Heller arbeiten vor allem die Kontinuitäten zu autoritär liberalen Konzepten des Ordo-Liberalismus, aber auch zu den Hayek'schen Integrationsvorstellungen heraus. In der Tradition von Poulantzas werden aktuelle entdemokrati-

sierende Tendenzen in die historische Entwicklung des Integrationsprojektes eingeordnet und im Zusammenhang mit unterschiedlichen Kapitalinteressen sowie die Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen Zentrums- und Peripheriestaaten diskutiert. Die durch Gramsci inspirierten Analysen stellen speziell einen Zusammenhang zwischen Krise und Autoritarismus her, wie Ana Podvršič herausarbeitet.

Cédric Durand und Razmig Keucheyan mobilisieren für die Analyse der autoritären Tendenzen der Staatlichkeit in der EU das Konzept des „Cäsarismus“, das Antonio Gramsci in den „Gefängnisheften“ für die autoritären Tendenzen der Zwischenkriegszeit entwickelte. Für Gramsci ist der „Cäsarismus“ mit seiner Stärkung nicht-demokratischer Institutionen eine Antwort auf tiefgreifende, „organische“ Krisen, bei denen eine politische Blockade droht. Der „Cäsar“ kann nicht nur eine charismatische Persönlichkeit sein, sondern auch eine Organisation, beispielsweise bestimmte Teile der Bürokratie. Im Gefolge der großen Krise von 2008 ff. ist es für Durand und Keucheyan in der EU durch die Stärkung bestimmter bürokratischer Apparate und nicht-gewählter und auch demokratisch nicht-kontrollierter Institutionen (z.B. der EZB) zur Herausbildung eines „bürokratischen Cäsarismus“ gekommen.

Das von Nicos Poulantzas in den 1970er Jahren entwickelte Konzept des „autoritären Etatismus“ entwickelt Marlene Radl in ihrem Beitrag fort. Als Kernelemente des autoritären Etatismus führt sie die Stärkung der Exekutive, die Aushöhlung von Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, den Bedeutungsverlust politischer Parteien und das Wachstum informeller Machtnetzwerke an. Diese Tendenzen bringt sie in den Zusammenhang mit Veränderungen der geschlechtsspezifischen Selektivitäten des Staates. So führt sie an, dass die Stärkung exekutiver Strukturen und informeller Machtnetzwerke die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten von Frauen einschränken.

Der Block mit den eher empirisch orientierten Beiträgen wird mit dem Aufsatz von Ruth Simsa zum Umgang autoritär agierender Regierungen mit der Zivilgesellschaft eingeleitet. Hierbei bezieht sich Simsa primär auf die Regierungspraxis rechtspopulistischer Parteien. Diese ließen im Umgang mit kritischen Teilen der Zivilgesellschaft verschiedene Phasen erkennen. Zunächst würden regierungskritische Sektoren der Zivilgesellschaft diskursiv delegitimiert, dann erfolgten die Einschränkung der politischen Partizipationsmöglichkeiten und die Kanalisierung öffentlicher Finanzierung zugunsten regierungsnaher zivilgesellschaftlicher Organisationen, und zuletzt komme es zu Einschränkungen von politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten, beispielsweise der Versammlungsfreiheit. In diesem breiteren Rahmen geht Simsa gestützt auf empirische Erhebungen aus den Jahren 2018/19 und 2014 den veränderten Bedingungen für die Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen unter der ÖVP/FPÖ-Regierung nach. Alle vier Stufen der auf Gängelung der Zivilgesellschaften autoritär grundierten Politik werden in der empirischen Erhebung zur österreichischen Situation unter der ÖVP/FPÖ-Regierung identifiziert.

Zu den zentralen repressiven Staatsapparaten gehört das Militär. Thomas Roithner arbeitet in seinem Beitrag zur außenpolitischen Orientierung der EU zwischen Zivil- und Militärmacht einen systematischen Ausbau der Rüstungs- und militärischen Komponente der EU heraus.

Ahmet Bekmen untersucht die sich wandelnden polit-ökonomischen Grundlagen des Herrschaftsprojektes der AKP-Regierung in der Türkei. Die politische Ökonomie der Türkei ist für ihn zentral durch die politisch forcierte De-Agrarisierung der Öko-

nomie und die damit verbundene rasante Urbanisierung geprägt. Dies habe zu einer raschen Zunahme informeller Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt geführt. In den späten 1980er und den 1990er Jahren hätten sich die eher sozialdemokratisch orientierten Kräfte die städtische Mittelklasse und die Gewerkschaften auf die formell Beschäftigten konzentriert. Dies habe für die religiöse Rechte eröffnet, bei der eher informell Beschäftigten der neuen Randbezirke der Metropolen anzusetzen. Die Adalet ve Kalkınma Parti (AKP) habe diesen Gruppen einerseits den Zugang zu öffentlichen (Minimal-)Diensten, andererseits Konsum auf Kredit geboten. Wirtschaftspolitisch habe die AKP zunächst im Rahmen einer IWF-Strukturanpassungspolitik sowohl den großen Kapitalgruppen als auch dem mittleren, „islamischen“ Kapital im Kontext international niedriger Zinsen Attraktives binden können. Im Gefolge der Krise von 2008 ff. habe sich der Kontext geändert, und die Regierungspartei habe nun darauf gesetzt, einen partei-nahen Kapitalblock, beispielsweise durch die Ausschreibungspolitik, zu formieren. Drittens habe die AKP im Konflikt informeller Machtnetzwerke, die bis in die 1970er Jahre zurückgingen, begonnen, auf den Ausbau einer plebiszitären Präsidentschaft zu setzen, bei der das Parlament nur mehr eine Nebenrolle spielte, die Justiz nach einem Freund-Feind-Schema funktioniere und die Medien weitgehend auf Regierungslinie gebracht seien. Das Regime stütze sich auf einen „plebiszitären Konsens“ der einen Hälfte der Bevölkerung und Zwang gegenüber der anderen Hälfte.

Ricardo Borrman, Bernhard Leubolt und Adriana Salles untersuchen den Aufstieg, die Konturen und inneren Konflikte des „Rechtsautoritarismus auf ‚brasilianisch‘“. Im Kern kann sich die Regierung Bolsonaro auf das Kapital und breite Sektoren der Mittelklasse stützen. Wie auch in der Türkei ebneten eine Wirtschaftskrise und ein Zerfall der bisherigen Regierungskoalitionen einer neuformierten politischen Rechten den Weg an die Regierung. Während das in der Türkei zu Beginn der 2000er Jahre über reguläre Wahlen erfolgte, machte in Brasilien ein „institutioneller Putsch“ der politischen Rechten im Parlament im Zusammenwirken mit der Justiz und den Medien den Weg zu einer politischen Wende frei. Die Politik der Regierung Bolsonaro kombiniert einen radikalisierten wirtschafts- und sozialpolitischen Neoliberalismus mit dem Ausbau des Sicherheitsstaates und einer rechtskonservativen Neuausrichtung der ideologischen Staatsapparate. Mit dieser Kombination werden verschiedene politische Sektoren der Rechtsregierung bedient. Die Elemente des Konsenses sind in Brasilien eher noch schwächer als in der Türkei ausgeprägt. Es handelt sich um ein Herrschaftsprojekt, dem es an Hegemonie mangelt.

Die Kurswechsel-Nummer sucht zu einem besseren Verständnis für die Bedingungen des Aufstiegs, der Konzepte und Machtsicherungspraxen von Formen des „neuen Autoritarismus“ beizutragen. Denn dies ist die Voraussetzung zur Entwicklung wirksamer Gegenstrategien, die auf den Ausbau von Demokratie in Politik und Wirtschaft zielen.

Literatur

- Becker, Joachim (1998): Der kurze Traum der immerwährenden Demokratie. In: Kurswechsel, Nr. 1, 11–22.
 Becker, Joachim et al. (2008): Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 179. Wien.

- Beetham, David, Hg. (2019): *Marxists in the Face of Fascism. Writings by Marxists on Fascism from the Inter-War Years*. Chicago.
- Bobbio, Norberto (1988): *Die Zukunft der Demokratie*. Berlin.
- Bobbio, Norberto (1994): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin.
- Boron, Atilio A. (1994): *Estado, Capitalismo e Democracia na América Latina*. Rio de Janeiro.
- Brisson, Thomas (2018): *Décentrer l'Occident. Les intellectuels postcoloniaux chinois, arabes et indiens et la critique de la modernité*. Paris.
- Bruff, Ian (2014): *The Rise of Authoritarian Neoliberalism*. In: *Rethinking Marxism*, 26(1), 113–129.
- Fiala, Petr/Mikš, František (2019): *Konzervatismus dnes. Politika, společnost a zdravý rozum v době nerozumu*. Brno.
- Grimm, Dieter (2016): *Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie*. München.
- Hayek, Friedrich A. (1983): *Die Verfassung der Freiheit*. Tübingen.
- Heller, Hermann (1992): *Autoritärer Liberalismus?* In: Heller, Hermann: *Gesammelte Schriften. Zweiter Band. Recht, Staat, Macht. 2., durchgesehene Aufl.* Tübingen, 643–653.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): *Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neo-liberale Revolution*. In: *Kurswechsel*, Nr. 1, 61–81.
- Krasnodębski, Zdzisław (2003): *Demokracja peryferii*. Gdańsk.
- Krašovec, Primož (2016): *Evropska politika i (neo)fašizam*. In: *Stvar – Časopis za teorijske prakse*, Nr. 8, 42–53.
- Kühnl, Reinhard (1971): *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*. Reinbek.
- Kühnl, Reinhard, Hg. (1974): *Texte zur Faschismus-Diskussion I. Positionen und Kontroversen*. Reinbek.
- Lánczi, András (2018): *The Renewed Social Contract – Hungary's Elections 2018*. In: *Hungarian Review*, 9(3), 14–26.
- Lapavistas, Costas (2019): *The Left Case Against the EU*. Medford.
- Losurdo, Domenico (2006): *Controstoria del liberalismo*. Rom/Bari.
- Maier-Rigaud, Frank P./Maier-Rigaud, Gerhard (2001): *Das neoliberale Projekt*. In: Rüstow, Alexander: *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus/Maier-Rigaud, Frank-P./Maier-Rigaud, Gerhard: Das neoliberale Projekt*. Marburg, 202–306.
- Martin, Pierre (2018): *Crise mondiale et systèmes partisans*. Paris.
- Müller, Jan-Werner (2012): *Beyond Militant Democracy*. In: *New Left Review*, Nr. 73, 39–47.
- Oberndorfer, Lukas (2012): *Die Renaissance des autoritären Liberalismus? Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus vor dem Hintergrund des Eintritts der „Massen“ in die europäische Politik*. In: *Prokla*, 42(3), 413–431.
- Oğuz, Şebnem (2016): *“Yeni Türkiye”nin Siyasal Rejimi*. In: Tören, Tolga/Kutun, Melehat (Hg.): *„Yeni“ Türkiye? Kapitalizm, Devlet, Sınıflar*. Istanbul, 81–27.
- Palheta, Ugo (2018): *La possibilité du fascisme. France, la trajectoire du désastre*. Paris.
- Paxton, Robert O. (2004): *The Anatomy of Fascism*. London.
- Peck, Jamie/Theodore, Nik (2019): *Still Neoliberalism?* In: *The South Atlantic Quarterly*, 118(2), 245–265.
- Poulantzas, Nicos (1974): *Fascisme et dictature*. Paris.
- Róna, Dániel (2016): *A Jobbik-Jelenség. A Jobbik Magyarországi Mozgalom térnyerésének okai*. Budapest.
- Ruf, Werner (2019): *Die Unabwägbarkeiten einer multipolaren Welt und der Aufstieg Deutschlands*. In: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 118, 56–71.
- Rüstow, Alexander (2001): *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*. In: Rüstow, Alexander: *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus/Maier-Rigaud, Frank P./Maier-Rigaud, Gerhard: Das neoliberale Projekt*. Marburg, 19–200.
- Schmitt, Carl (2015, 10. Aufl.): *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*. Berlin.
- Schöpflin, György (2018): *Mitteleuropa in der Falle. Zur Mesalliance mit der EU*. In: *Osteuropa*, 68(3–5), 323–349.
- Streeck, Wolfgang (2015): *Heller, Schmidt and the Euro*. In: *European Law Journal*, 21(3), 361–370.
- Supiot, Alain (2015): *La Gouvernance par les nombres*. Cours au Collège de France (2012–2014). Paris.
- Traverso, Enzo (2019): *Die neuen Gesichter des Faschismus. Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie*. Karlsruhe.
- Villari, Lucio (1980): *Leconomia della crisi. Il capitalismo dalla „Grande depressione“ al „crollo“ del '29*. Turin.
- Van Middelaar, Luuk (2017): *De nieuwe politiek van Europa*. Groningen.
- Woźniak, Michał Gabriel (2017): *Od kseromodernizacji do odpowiedzialnego rozwoju*. In: Woźniak, Michał Gabriel (Hg.): *Gospodarska Polski 1990–2017. Kształt rozwoju*. Krakau, 13–61.